

Er scheint täglich
nachmitt. mit dem
der Sonn- und
Beilage.

Abonnementpreis
monatlich 80 Pfg.
vierteljährlich 1.80 Mk.
jährlich 6.00 Mk.
Durch die Post
1.00 Mk. zinkl. bezahlbar.

Die Halle Welt
Unterhaltungsbeilage
durch die Post nicht
bez. Kost monatlich 70 Pfg.
vierteljährlich 80 Pfg.

Erstausg. Nr. 1047.
Verlagsgesellschaft
Verlagsamt Halle/Saale.

WELT

Infektionsgebühr
betragt für die 3. Ausgabe
20 Pfennig.
Für auswärtige Abnehmer
25 Pfennig.
Im rezeptionsfreien Falle
kann die 2. Ausgabe
20 Pfennig.
Inserate
Für die 1. Ausgabe
müssen spätestens bis
mittags 10 Uhr bei
Expedition aufgegeben
sein.
Eingetragen in die
Postregisterliste.

Sozialdemokratisches Organ

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Muerfurt, Delitzsch-Bitterfeld,
Baumburg-Weißfels-Beitz, Wittenberg-Schwinitz, Corgau-Liebenwerda, Sangerhausen-Eckartsberga
und die Mansfelder Kreise.

Expedition: Harz 42/43. Redaktion: Harz 42/43.

Ist die Erhaltung des preussischen Dreiklassenwahlrechts möglich?

Nach vor wenigen Wochen schien es im höchsten Grade unwahrscheinlich, daß die preussische Regierung in der kommenden Session des Landtages ihre Absicht vom Dreiklassenwahlrecht vollständig und mit dem Programm einer Wahlreform vor der Öffentlichkeit treten werde. Jetzt behaupten konfervative Blätter zu wissen, daß dieser Plan, der faktisch bestand und so wie er bestand, in der sozialdemokratischen Presse veröffentlicht worden war, wieder fallen gelassen worden sei. Die Regierung, genauer gesprochen, Herr Bülow, soll seine ursprüngliche Absicht aufgegeben haben, weil er fürchtete, mit den Freisinnigen nicht handelseinig werden zu können und den Wahl, der durch die Reform gestiftet werden sollte, erst recht zu gefährden. Wir wissen nicht, ob diese Nachricht richtig ist, sie kann aber sehr wohl richtig sein; denn es ist nicht nur möglich sondern geradezu wahrscheinlich, daß die im Grunde ängstliche Natur der gegenwärtigen Reichs- und Staatsleiter vor den Schwierigkeiten und Gefahren einer preussischen Wahlrechtsreform zurückweicht. So verzagt auch Herr Bülow den vermeintlichen Prinzipien des Zukunftsstaates zuliebe gehen kann, so wenig lieb ist es, sich mit den großen, grundsätzlichen brennenden Fragen des Gegenwartsstaates zu befassen; ferner hier fällt er es am liebsten mit der Politik des Fortwärtens und Fortschreitens, die umso lebhafter am alternden Möglichkeiten „denkt“, je entschiedener ihre Absicht ist, es unmöglich beim Bestehenden bestehen zu lassen.

Aber in Staaten vom Range des preussischen gäbe es überhaupt keinen Fortschritt, wenn dieser einzig vom guten Willen und den schönen Gedanken der Regierung abhängig wäre. Immer ist es hier die Not immer oder äußerer Bedürfnisse gewesen, die den Verfassenden gegen ihren ursprünglichen Willen Reformen abzwang. Auch die Wahlreform, d. h. eine Reform, die auf den Namen einer solchen Anknüpfung machen kann, wird nicht als Gütergeschenk von oben kommen, und so kommt es weniger darauf an, ob Herr Bülow das Dreiklassenwahlrecht fallen lassen oder aufrecht erhalten will, als darauf, ob die bestehenden allgemein politischen Verhältnisse dem Dreiklassenwahlrecht noch ein längeres Leben ermöglichen oder ob sie nicht für früher bereits den Keim des Todes in sich enthalten.

So kann Willen oder Nichtwillen der gegenwärtig im Amte befindlichen preussischen Regierung nicht mehr an der Tatsache ändern, daß das preussische Abgeordnetenhaus selber die Grundlage seiner Berechtigung aufgeben und sich des trügerischen Scheins einer Vollvertretung untergebenen müßte. Von allen Parteien des preussischen Parlaments haben es nur noch die Konservativen, die zum Dreiklassenwahlrecht zu bekennen, alle anderen Parteien, d. h. die überwältigende Mehrheit des Hauses ist einig in der ausgesprochenen Ueberzeugung, daß das Dreiklassenwahlrecht vor den Volksmassen nicht mehr zu verteidigen sei. Preussische Zentrum, Polen haben sich für das

Reichstagswahlrecht, Nationalliberale und neuerdings auch Freikonervative unter Ablehnung des Reichstagswahlrechts für die Beibehaltung des bestehenden Klassenstufens ausgesprochen.

Als die Westmanns-Wahlreform im Mai vorigen Jahres zur Kommissionberatung in der Reichshaus stand, stellte sich heraus, daß das Dreiklassenwahlrecht nicht einmal hier Verteidiger finden konnte. Ein Mitglied der Kommission (der Bericht beschwört seinen Namen) beklagte, daß die Staatsregierung sich nicht zu einer weitgehenden Reform des preussischen Wahlrechts entschließen habe. Kein pluralistisches Wahlsystem hätte zuletzt immer zu Katastrophen geführt. Verschiebe man die Reform immer wieder, so werde man schließlich viel größere und unwiederbringliche Schwierigkeiten machen müssen. Ein anderer Redner führte aus, es sei zu beklagen, daß die Regierung an eine ernsthafte Reform nicht denke. Denn es ist gewiß, daß niemand da sei, der das heutige preussische Wahlrecht als ein gerechtes und zweckmäßiges anerkennen würde. Bei den Verhandlungen des Plenums am 25. Mai 1906 nannte Prof. Lorenz das bestehende Wahlrecht unwohl und ungerade; unwohl, weil es 85 Prozent der Bevölkerung ein Wahlrecht gebe, das doch keines sei, ungerade, weil es von allen Leistungen für den Staat nur die direkte Steuerleistung als Maßstab der Berechtigung anerkenne. Möge man doch, so rief er aus, dann schon lieber gleich erklären, daß 85 Prozent der Bevölkerung rechtlos seien, dann würde ein solches Wahlrecht wenigstens den Vorzug der Aufrichtigkeit besitzen. Man müsse reformieren, solange das Land noch ruhig sei, sonst könnten leicht Zeiten wie jene von 1848 wiederkehren und man werde dann das allgemeine gleiche geheime und direkte Wahlrecht im Sturmlicht der Revolution durchführen müssen. Für eine Politik der Konzeptionen würde es aber abzuwachen zu spät sein. Die Junter mußten darauf nicht zu erwidern als ihr übliches Geschimpfe auf die Sozialdemokratie und das gleiche Recht. Die Regierung aber durfte auf so furchtbare Angriffe nichts zu erwidern: Sie schweig!

So standen die Dinge im Mai 1906, so stehen sie noch heute. Der preussische Landtag ist gefällig, daß das angebotene Recht, auf dem seine zweite Kammer beruht, Unrecht und Willkür ist. Er hat nicht den Mut und nicht die Fähigkeit, die Grundlage seines Daseins vor dem Richterstuhl der Vernunft, des Bewusstseins, der Gerechtigkeit zu verteidigen, er hat aber ebensoviel den Mut und die Fähigkeit, diese Grundlage zu verlassen, weil er fürchtet, daß jeder Schritt von der weg ihn ins Dait- und Bodenlos führen müßte. Die Junter wollen nur noch das eine, daß sie um jeden Preis ihre Herrschaft aufrecht erhalten wollen und sie denken ganz mit ihrem Standesgenossen v. Ziehmans-Geheim: „Ob Recht oder Unrecht ist hier vollkommen gleichgültig.“ Die Erhaltung des Dreiklassenwahlrechts bedeutet unter solchen Umständen weiter nichts als eine neue Proklamierung des mittelalterlichen Feudalismus.

Das preussische Abgeordnetenhaus aber ist gebildet aus Parteien, die nicht existieren können ohne die Hilfe der Bevölkerung, und die preussische Regierung, so absolutistisch sie sich auch gebärden mag, kann nicht existieren ohne die Unterstützung der

Parteien. Sie kann mit dem Fortschritt nicht regieren, wenn sie nicht gewillt ist, die letzten Konsequenzen zu ziehen, die da heißen: Staatsbankrott, Verfassungsbruch, Ständerecht, Militärdiktatur. Und die bürgerlichen Parteien können unter dem Druck einer fortschrittlichen Wahlrechtsbewegung nicht immer eine Regierung unterstützen, deren Programm darin besteht, ein logisch und moralisch tausendmal vergebliches Grundgesetz des Staates durch brutale Gewalt aufrecht zu erhalten.

In jedem Tag, den der preussische Staat das Dreiklassenwahlrecht bestehen läßt, geht er vom Kapital seines Ansehens, seiner Ordnung, seiner inneren Festigkeit. Die Erhaltung des Dreiklassenwahlrechts mag vielleicht noch für ein paar Jahre möglich sein; wenn aber die Sozialdemokratie diese Jahre richtig zu nutzen versteht, so wird ihr die vorläufige Erhaltung des Dreiklassenwahlrechts höchstens sein als die sofortige Beilegung. Denn das Dreiklassenwahlrecht hat durch die Geschicknisse seiner Vornieder seine staatsbehaltende Kraft verloren, es wirkt auf den preussischen Staatskörper nur noch als ein Ferment der Zersetzung, daß uns künftige Übel erleichtert. Für das, was nur zunächst dem Breiten fordern, spricht aber Vernunft und Gerechtigkeit, das Beispiel der zivilisierten Staaten, der weit überwiegende Mehrheitswille des preussischen Volkes selbst. Mit solchen Bundesgenossen dürfen die preussischen Arbeiter wohl den Sturm wagen in der Ueberzeugung, daß in nicht langer Zeit der Sieg ihnen gehören wird. Als Erbe derer des gleichen Rechts sind die Volkstraier in Stuttgart erschienen — mit leeren Händen wollen nicht die Preußen nach Hopfenhagen gehen!

Tagesgeschichte.

Halle a. S., 27. August 1907.

„Gegen bessere Ueberzeugung.“

Gegen die Polen wird bekanntlich ein Entgegnungsgesetz geplant. Die liberale Presse — wie übrigens auch die Zentrumspresse — sind natürlich noch sehr gegen eine solche Maßnahme. Wie sich ihre Fraktionen im Abgeordnetenhaus benehmen werden, wenn wirklich ein solcher Entwurf einlaufen sollte, wollen wir abwarten. Bei dem Gespöter, mit dem die liberale Presse sich in der Bekämpfung einer solchen Absicht bemerkbar macht — sie tut das bekanntlich immer, um sich, wenn später die Tat folgt, wenigstens auf ihre großen Worte berufen zu können — entschließt nun der Frankfurter Bg. folgendes bemerkenswerte Gehändnis:

Eine solche Vorlage muß in ihrer Entstehung bekämpft werden, denn wenn sie erst einmal eingebracht ist, so würde die nationale Partei, daß ihre Ablehnung ein Triumph der Mehrheit und eine Niederlage der Regierung bedeuten würde und daß man daher gegen die Ueberzeugung das gefährliche Abenteuer mit machen müsse.

Das ist ja allerlieblich und gestattet allerlei Rückschlüsse auf die jüngste Vergangenheit. Also wenn die „nationale Phrasen“ entziffert ist, dann mag der deutsche Liberalismus auch gegen

(Nachdruck verboten.)

Der Octopus.

Eine Geschichte aus Kalifornien.
Von Frank Norris.

Endlich fand Hilma ihre Sprache wieder. Mit ihrer tiefen Stimme die laut tiefer und lauterwie als je war, sagte sie: „Mein — ich mag Sie ganz und gar nicht.“
„Jetzt konnte sie die überfremden Tränen nicht länger zurückhalten. Als ob sie sich mit der Hand über die Augen und alle zum Zimmer und zum Hause hinaus. Mit vorgehobener Unterlippe und die Hände in die Hosentaschen verwickelt, hies Annitter eine Weile nachdenklich sitzen.“
„Es scheint, sie wird nicht mit mir regemollen.“ brumpte er.
„Sie wird wohl nicht mit der Hand bleiben, wenn sie sich so daß. Schön, sie kann gehen — wenn's weiter nichts ist — sie kann gehen. Dummes, feminines Frauenzimmer,“ murmelte er zwischen den Zähnen. „Unterdrückung!“
„Er wollte sich eben zum Essen niederlegen, als er den trügerischen Versuch machte, auf der Hinterleiste in der Zurückhaltung lag. In den Augen des Hundes war etwas Erwartungsvolles, Einförmiges; er mochte wohl denken, daß es jetzt Offenzeit sei.“
„Fort, raus mit Dir!“ brüllte Annitter in heller Wut.
Anstatt wegzulaufen, trat der Hund, den der Schwanz zwischen die Beine geklemmt und mit tief herabhängenden Ohren, nur ein Stück zurück, um sich dann ein weiteres Biss zu kalmbir, widerständig, Unterlippe auf, auf der Rücken zu legen. Gerührt das konnte Annitter am wenigsten vertragen; er geriet in kalte Wut. Ganze Salben von flüchtigen herabkommend, trieb er das Tier mit Fußtritten von der Veranda und warf sich dann hochrot und leuchtend auf den Stuhl vor seinem Gebod.
„Werdamm soll der Hund und das Mädel und der ganze Schwindel sein, und jetzt — das hätte gerade noch“ rief er aus, während sich der Hund ein eisiges, nur eingetrigeltes Unwohlsein in der Wangengegend einstellte. „Jetzt hat's mich noch krank gemacht. Das hat' ich wissen können. D. so was hat heut nur noch gefehlt! Sie soll nur gehen, mit it's egal, und je eher, je besser.“ Er befehlte sich Abendrot ab und ging

nach der Eintritt der Dunkelheit zu Bett. Die brennende Lampe neben sich auf dem Stuhle, öffnete er seinen „Copperfield“ an der Stelle, die er mit dem von der Plamenbüchse abgerissenen Papierstreifen bezeichnet hatte. Langer als eine Stunde las er und verdrückte, wenn er an das Ende einer Seite gekommen war, regelmäßig eine Wasserpflume. Etwa um neun Uhr hies er die Lampe aus, schloß die Rippen zusammen und bereitete sich zur Nachtruhe. In dem eigenartigen hypnotischen Zustande, der, dem Schlaf unmittelbar vorangehend, sich zugleich mit der Abklingung der Sinnes- und Gesichtskräfte einstellt, sah er die Erlbnisse und Gestalten des heutigen Tages wie die Wilderete eines Kinetoskops an sich vorbeiziehen. Zuerst kam Hilma Tze, wie er sie in der Wolkere gesehen hatte, strahlend in Liebreiz und Jugendfrische. Er sah den kurzen schwarzen Bart, den er sich an den hellen Schattener unter dem Kinn, ihre großen, weitgeöffneten, von schwarzen seidigen Wimpern eingerahmten Augen, die wundervolle Rundung von Nusen und Hüften, den feinen, leibig glänzenden Flaum ihrer Wangen, so art wie Blütenstaub, der unter der leichten Berührung verweht. Im hellglänzenden Licht der Morgens fand sie vor ihm mit ihren hellen Wollha, von Wollha leuchtend und nach Mlich duftenden Armen. Von goldigem Sonnenchein durchglüht und wie umgürtelt von hellflanzenden Flammen war ihre Gestalt; schon und begehrenstern, lauschig und düftig wie ein holder Frühlingsmorgen sah er Hilma vor sich.

Dann kam die große Soa Mueros-Ranch und Hoozen, der schimmernde kleine Deutsche, an dem der Staud des von ihm bearbeiteten Bodens tiefer, und der, wenn auch er sich auch lebhaft den kurzen schwarzen Bart, den er sich an den hellen Schattener an Gravelotte und den Hafer ganz außer sich geriet, doch zufrieden in dem Lande seiner Wahl lebte. Für ihn war das Vaterland dort, wo Frau und Kinder weilten. Es folgte das Wohnhaus von Soa Mueros im Schutze seiner Zypressen und Eukalyptusbäume mit der feinen, beschatteten Veranda und dem wunderbaren Kaktuspflanzen; Frau Derick mit ihren großen, weitgeöffneten Augen, die einen unzufriedenen, ängstlich fragenden Ausdruck hatten, dem noch so hübschen Gesicht und dem braunen, über die Stuhllehne zum Trodnen gebreiteten Haar von jugendlichem Glanz; Maquis, schlant und aufrecht wie ein Kanalar-offizier, glattgeschnitten, achtunggebend, mit dünnen Lippen, Uebergehungernder Albernheit und nach oben gestrecktem Schiefhals; Presley mit seiner dunklen Ge-

sichtsfarbe, dem feingehäuteten Mund und den vollen, sinnlichen Lippen im Corbuzanzitum und Schiefhals, Zigaretten rauchend — eine eigenartige Erscheinung, in der man das Produkt einer Rassenmischung vermuten konnte, trüben aussehend, leicht erregt und geneigt zum Lächeln und Brüllen über Pamelos's, Unergründliches. Dann kam Bonnetville an die Reihe mit seiner verkehrten, dem Haupt, den halbentblühten Wangen der elektrischen Straßenbahn, den beschlagenernen Telegraphenmasten, den Buchstaben mit Karibben in den Ästen; Kugles mit seinem langen zitternigen Hof, dessen Nihilut und kammaler schwarzer Kravatte machte seine Schönheit auf der Schreibeunterlage; Ope, der Solomotsbürger, gutmütig, groß, großhütig, mit dem kleinen eines Hüfters, dem prächtigen blonden Vollbart und der bräunlichen Backhüte, — Ope, der, von dem einem Erbege befehl, sein Fächtergen Gebirg das Maßgenesinar besuchen zu lassen, nicht genug Wärmens von den Kleinen machen konnte und dabei die Zehnenteile in ihre Wäntelstiche steckte; bald darauf aber schlich der blonde Riefe verlobten und voller Scham in S. Mueros's Office, um sein Heim dem Gefolgsmann ebenjenes Wirtshaus zu verlassen, die ihn entlassen hatte. Das brachte Annitter auf S. Muerman; fett und schwer, mit vorstehendem Kinnbogen, glaube er ihn zu erblicken; Sals und Wangen ließen zusammen in den mächtigen, wabbligen Scheltraken; eine mit dünnem Haar bewachsene Fehrwollt quoll über den Hinterrand seines Unkrautes. Er trug einen feinen, glänzendbraun lackierten Strohhut mit nach oben abgerundetem Kragel. Den Sängebach umspannte eine mit ungläubigen ineinander greifenden Hufeisen gemauerte braunelne Welle, gegen deren Knöpfe von jaldem Perlmutter eine großbedeigige, schwere Uherette liege kirie. Slets gefasht, mit unüberwindlichem Gleichmut und durch nichts zu erschütternder Würde trönte er auf seinem Gebilde.

Den bunten Reichen beschloß die Ranch, über deren weite Flächen er vor dem Aufsteigen noch einen schnellen Blick geworfen hatte. Die brüderliche, endlich zur Ruhe gekommene Erde nähte, im rötlichen Glanze der sinkenden Sonne ein schimmernd, den ihrem Schoße eingekerkerten Lebenskeim. Purpur schimmerte der Horizont; die stille Dämmerung breitete sich über das Land und baute ihren Dom in den Zenit. Die Säbner lagen schlafend auf den Ästen der Bäume neben dem Stalle, in dessen Ständen die Pferde frischend ihr Futter lauten; das Wert des Tages kam allmählich zur Ruhe. Vater

14. Berlin II: In Verfolg des Beschlusses des Mannheimer Parteitag in bezug auf die Stellung der Partei den lokalen Gewerkschaften gegenüber, einen endgültigen Beschluß des Essener Parteitag herbeizuführen.

15. Berlin IV: In Erwägung, daß die zunehmende Verschärfung der Wirtschaftskämpfe und in Verbindung damit die wachsende Ausbreitung der Einzelgewerkschaften die Erklärung der Gewerkschaftsorganisationen zur Notwendigkeit macht:

in weiterer Erwägung, daß unter dieser Voraussetzung für die Parteigenossen nur eine einzige Organisation ihres Berufes in Frage kommen kann und jede Sonderbildung nur zum Schaden der gewerkschaftlichen Kämpfe gereicht, erwartet die Generalversammlung vom Parteitag, daß derselbe Klipp und klar den Gedanken der Notwendigkeit einer einheitlichen gewerkschaftlichen Organisation zum Ausdruck bringt und den Appell an die lokalorganisierten Gewerkschaftsangehörigen richtet, sich den Zentralverbänden anzuschließen.

16. Berlin II: Beschlüsse von Stolow, Charlottenburg: Die im Auftrage des vorjährigen Parteitages vom Parteivorstand eingeleiteten Verhandlungen zwecks Überführung des Zusammenflusses der lokal- und gewerkschaftlichen Gewerkschaften betrachten der Parteitag nicht für abgeschlossen; der Parteivorstand wird beauftragt, die Einigungsverhandlungen fortzusetzen.

17. Sachsen-Altenburg: Erwirrt vom Parteivorstand, daß er bis zum Essener Parteitag völlige Klarheit darüber schafft, ob die Lokalisten noch länger der Partei angehören können.

Die Lokalisten entfalten nun auch in der Provinz das die Arbeiterfrage so sehr schädigende Treiben und gründen zum Schand der unserer Heiner „Lokalistischen Zentralorganisationen“, die unter heugigen Verhältnissen innerhalb der Arbeiterfrage doch nur Zanf und Streit hervorzuweisen geeignet sind.

Viele Mitglieder der lokalistischen Vereine haben seit dem Mannheimer Parteitag und insbesondere während der letzten Reichstagswahl eine soch parteischädigende Tätigkeit entfaltet, daß man das als offenes Verbrechen an der Partei ansehen muß. Diefem Treiben muß deshalb ein Ende gemacht werden, weil die Führer der Lokalisten dahinter stehen und die Partei jetzt genau so wie früher die Gewerkschaften auseinander zu trennen beabsichtigen.

Die Altenburger Parteioorganisationen verlangen deshalb vom Parteivorstand und dem Essener Parteitag eine klare und endgültige Entscheidung in dieser Streitfrage.

18. Berlin IV: Der Verlag und die Parteilisten werden verpflichtet, mehr als bisher eine umfassende Propaganda für die Neue Zeit zu betreiben.

Organisation

19. Berlin I: Der § 18 des Organisationsstatuts ist dahin abzuändern, daß 1. der beiden Vizepräsidenten der Parteivorstand durch den Parteitag gewählt werden, und daß 2. niemand länger als zwei Jahre hintereinander Vizepräsident sein darf. Zu diesem Zweck sind im Absatz II des § 18 die Worte: „der Vorsitzende, der Kassierer und der Schriftführer“ zu ersetzen durch die Worte: „des Parteivorstandes“.

Ferner ist der bisherige Absatz III des § 18 zu streichen und als neuer Absatz III an seine Stelle zu setzen: „Das Amt als Vizepräsident darf niemand länger als zwei Jahre hintereinander bekleiden.“

20. Teltow-Weeslow: Im § 26 des Organisationsstatuts der sozialdemokratischen Partei Deutschlands ist im ersten Absatz der Schluss „die aus höchstens zwei Mitgliedern für jeden beteiligten Reichstagswahlkreis bestehen darf“ zu streichen.

21. Berlin I: Der Wortlaut ist in das Eigentum der Genossen von Groß-Berlin überzuführen und verliert den Charakter als Zentralorgan der Partei. Dem Parteivorstand ist die Ermächtigung zu erteilen, in unangefangenen Wäldern eine sozialdemokratische Korrespondenz herauszugeben, die an sämtliche Parteiblätter zu versenden und von diesen abgedruckt ist. Demgemäß sind im Organisationsstatut die §§ 25 und 26 zu streichen und an ihre Stelle zu setzen: „Der Parteivorstand gibt in unangefangenen Wäldern die sozialdemokratische Korrespondenz heraus, die nur an die Parteiblätter versendet wird und von ihnen zum Abdruck gebracht werden muß.“

22. Sechster schlesisch-polnischer Wahlkreis: Dem § 27 Abs. 2 des Organisationsstatuts folgende Fassung zu geben: Das Schiedsgericht besteht aus sieben Personen, zwei der Vizepräsidenten der Angehörigen, zwei die antragstellende Organisation, wobei die Auswahl auf die Parteigenossen des Bezirksverbandes zu beschränken ist, dem der Beschuldigte angehört. Den Vorsitzenden und zwei weitere Mitglieder bezieht der Parteivorstand. Wo die Möglichkeit gegeben ist, ist der Vorsitz einem juristisch gebildeten Genossen zu übertragen.

23. Bremerhaven: § 27 Absatz 2 in dem Organisationsstatut, die Worte „des Bezirksverbandes“ in „des Wahlkreises“ umzuändern.

24. Wochum-Gelsenkirchen: Im Falle des § 2 entscheidet über die fernere Zugehörigkeit zur Partei die Kreisorganisation. Dem Auswahlschritt steht das Recht der Berufung an den Parteivorstand, alsdann an die Kontrollkommission und in letzter Linie an den Parteitag zu.

25. Viertes sächsischer Wahlkreis: Der Parteivorstand möge mit der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands eine für die Gewerkschaften und Partei einheitliche Regelung der Auswahlschritte und des Ausschlußverfahrens vereinbaren. Als letzte Instanz in Auswahlschritten, bei denen ein Parteimitglied in Frage kommt, hat auf Verlangen des Auswahlschritts, das an die Generalversammlung der betreffenden Gewerkschaft zu richten ist, ein Schiedsgericht zu fungieren, das aus Mitgliedern der Gewerkschaft besteht, die zur Hälfte von dem Auswahlschritt, zur anderen Hälfte vom Gewerkschaftsvorstand zu bestimmen sind. Als unparteiischer Vorsitzender fungiert ein Mitglied des Parteivorstandes, der nicht der betreffenden Gewerkschaft angehört. So lange das Ausschlußverfahren nicht seinen endgültigen Abschluß gefunden hat und soweit es sich nicht um Streikverbot, Veruntreuung oder Zahlungsverweigerung handelt, ist der Auswahlschritt noch im Besitze seiner Rechte und Pflichten zu belassen.

26. Elberberg in Sachsen: In bezug auf das Ergebnis der letzterfolgten Reichstagswahl hat man die Wahrnehmung machen können, daß betriebs der Lokalorganisation in den meisten Wahlkreisen noch viel zu wünschen übrig bleibt. Selbst in solchen Kreisen, welche als sehr fortgeschritten gelten, findet man, daß die Mehrzahl der Orte noch einer Lokalorganisation entbehren. Infolgedessen beantragen wir, daß der Parteitag beschließen wolle, die Parteileitung aufzugeben, das nötige in die Wege zu setzen und eine Broschüre in Druck zu geben, welche dahin geht, den Parteigenossen bei Reichstags-, Landtags- und Kommunalwahlen als Leitfaden zu dienen.

27. Osabrück, Altenburg, Stralsund, Wochum, Gelsenkirchen, Wagsberg, Bremerhaven, Galbe-Walden, Augsburg-Werdingen, Dillhofen, Weeslow, Stettin, Trier, Bremen, Gelle, XX. hannoverscher Wahlkreis, Sorau-Pork und VIII. und IX. schlesisch-polnischer Wahlkreis: Einheitsliche Mitgliedsbücher für alle Parteioorganisationen Sachstands anzuführen.

28. V. A.: Einführung von einheitlichen Mitgliedsbüchern und Mitgliedsbeiträgen für ganz Deutschland.

29. Frankfurt a. M. und vierter sächsischer Wahlkreis: Der Parteivorstand wird beauftragt, die Einführung einheitlicher Parteileitungen für das ganze Reich nach dem Vorbild der vom Frankfurter Agitationskomitee herausgegebenen Mitgliedsbücher zu veranlassen.

30. Sagan-Sprottau: Der Parteitag wolle beschließen, einheitliche Mitgliedsbücher und Mitgliedsbeiträge über das ganze Reich einzuführen, welche vom Parteivorstand zum Selbstkostenpreise bezogen werden können.

31. Rassel: Der Parteivorstand wird beauftragt, die Ausgabe einheitlicher Mitgliedsbücher und die Einführung einer Einheitsmarke für das ganze Reich vorzubereiten und dem nächsten Parteitag Vorlage zu machen.

Presse

32. Parteivorstand und Kontrollkommission: Organisation der Nachrichten-Vermittlung für die sozialdemokratische Partei. (Der Entwurf ist bereits in Nr. 191 des Volksblattes abgedruckt.)

33. Berlin III: Die im Gewerkschaftsausschusse Generalversammlung des hiesigen Berliner Wahlkreises mißbilligt die Aufnahme von Annahmen, welche alte Gewerkschaften der bürgerlichen Gesellschaft in empfehlende Erinnerung bringen. Sie hält auf religiösem Gebiet strengste Neutralität für Pflicht der Partei und ersucht den Parteivorstand, die Parteiverlagsverträge zu veranlassen, solche Annahmen in Zukunft nicht mehr zu bringen.

34. Berlin IV: 1. Der Verlag hat die Neue Zeit vom 1. Oktober ab in einem dem Titel und der neuen Ausrichtung entsprechenden Gewande herauszugeben.

2. der internationalen Bedeutung der Neuen Zeit entsprechend und um die Weltreise auch den ausländischen Genossen möglich zu machen, die der deutschen Sprache wohl mächtig sind, denen aber die deutschen (gotischen) Schriftzeichen Schwierigkeiten bereiten, hat der Schriftsatz in lateinischen Lettern zu erfolgen.

35. Weiten: Für die Provinz Brandenburg ist ein neues Parteiorgan zu schaffen und möglichst der Reichstagswahlkreis Potsdam-Spandau-Oberhavelland zu berücksichtigen, da es infolge der besonderen Verhältnisse in den Staatsverhältnissen zu Spandau, Potsdam usw. unmöglich ist, den Wahlkreis, um den schon jahrelang mit größter Anstrengung gekämpft wurde, ohne eigene Zeitung für die Partei zu erobern.

Parteinachrichten.

Ein schwerer Verlust der holländischen Sozialdemokratie. Am Sonntag nachmittag verstarb plötzlich im Alter von 59 Jahren infolge eines Herzschlages der Genosse P. L. Taf zu Domburg (Holland), der er sich zeitweilig bei seinem Bruder aufhielt. Der Unglücksfall ereignete sich in und außerhalb der Partei angelegener und beliebter Genosse, war sozialdemokratischer Abgeordneter zur Zweiten Kammer für den Wahlkreis Franeker, Mitglied der Provinzialstaaten Nordhollands und des Amsterdamer Gemeinderats. Im inneren Parteileben ist er hervorragend tätig gewesen. Von 1903/1906 war er Hauptredakteur des Parteiblattes „De Volk“, von 1908/1909 Mitglied des Parteivorstandes. Außerdem war er im Vorstande des Vereins sozialdemokratischer Gemeinderatsmitglieder. Er galt als Autorität in der Gemeindepolitik. Die holländische Partei verliert in ihm eine erste Kraft. Seiner Wirksamkeit wird stets ein ehrendes Andenken bewahrt werden.

Polizeiliches und Gerichtliches.

§ 17 der „Rechts-„polizeiwirg“ eine Verleumdung? Vor dem Landgericht in Oldenburg stand dieser Tage der Genosse Wege vom Norddeutschen Volksblatt in Bant-Wilhelmshaven (ein Landmann war in Wilhelmshaven von der linken Seite in eine schmale Straße gefahren. Er habe, in dem Glauben, richtig in die Straße gefahren zu sein, seiner Verhaftung Widerstand entgegen und wurde gewaltsam zur Wache gebracht. In der Kritik dieser Festnahme ist das Wort „polizeiwirg“ gebraucht und deshalb ist Strafverfolgung geltend gemacht. Nach der umfangreichen Zeugenvernehmung beantragte der Staatsanwalt 100 Mark Geldstrafe, er zehn Tage Gefängnis. Das Gericht erkannte auf Freisprechung.

Eine weitere Verhandlung gegen den Genossen Wege führte zu seiner Verurteilung zu einem Monat Gefängnis. Im Dezember vorigen Jahres übernahm er einen längeren Artikel aus der Brauerarbeiter-Zeitung, der sich mit der Verurteilung zweier Genossen in Norden beschäftigte, die anlässlich des Boykotts der Firma Doornant anlässlich wegen Vergehens gegen die §§ 152 und 153 der Generallandordnung vom Schöffengericht Norden zu sechs resp. vier Wochen Gefängnis verurteilt worden war. Der Artikel trug die Überschrift: „Die blinde Götter-Justitia“. Obwohl auf ihre Verurteilung hin die beiden Genossen von der Strafammer in Aurich freigesprochen wurden, hielten der Präsident des Landgerichts Aurich doch Strafverfolgung gegen das Norddeutsche Volksblatt wegen § 2 des Schöffengericht Norden gemachten Vorwurfs der par. 153en Reduplizierung. Nach Verlesung jeder Gerichtsverteilung beantragte der Staatsanwalt drei Monate Gefängnis. Das Gericht kam zu obiger Strafe, weil der Vorwurf der Parteileihaft die schwerste ist, der einem Gericht gemacht werden kann.

Der Freitag des Wahlkreises Sangerhausen-Gardtsherga

Am Sonntag in der Schmelzerhütte zu Sangerhausen fand der Freitag des Wahlkreises statt. Der Freitag des Wahlkreises waren 15 Orte durch 21 Delegierte. Ferner waren anwesend die Kreisleitung, die Gen. Kretzschmar und Schmidt (Agitationskomitee), Kretzschmar (Beauftragter), Grotz (Verlag) und Vogel (Redaktion). Von Nordhauenen waren die Genossen Aul (Redaktion) und Wiehle (Verlag) erschienen. Der Kandidat des Wahlkreises, Genosse Graf, wohnte den Verhandlungen bei. Der Vizepräsident des Wahlkreises, Herr Kretzschmar, hielt die Rede über den Freitag des Wahlkreises. Er sprach über die Wichtigkeit des Wahlkreises und die Wichtigkeit der Parteileitung. Die Verhandlungen wurden durch den Vizepräsidenten geleitet. Die Verhandlungen wurden durch den Vizepräsidenten geleitet. Die Verhandlungen wurden durch den Vizepräsidenten geleitet.

tätigen Kräfte. Aber trotzdem ist in bezug auf Mitgliederbestand und Parteipresse einige Beförderung erzielt worden. Während der Reichstagswahl war die Verteilung der Genossen an den Werten eine rege. Wir standen bei der Aufklärung ohne Kandidaten, da dem Genosse Simon keine neue Kandidatur ab. Die Wahl fiel dann auf den Genossen Graf. Wenn das Resultat der Reichstagswahl für uns nicht günstig ist, so liegt die Schuld an den in der Wahl vorhandenen Verhältnissen. Gewarnt ist worden. Weiter geht dann noch näher auf den gebundenen Bericht ein.

Hierauf schloß sich der Kassenbericht. Genosse Franke erläuterte, daß der im Bericht enthaltene Kassenablaß nicht von ihm herrührt. Er habe seinen Bericht in anderer Weise richtiggestellt. Eine Spezialrechnung ist nicht möglich, da die Abrechnungen aus den einzelnen Orten nicht zu eingehen, wie sie sollten. Die ganze Art der Abrechnung müsse geändert werden. Lieber die Unannehmlichkeit ertragen sich eine längere Debatte, in welcher verschiedene neue Anträge für eine andere Art der Abrechnung gegeben werden. Es sollten Formulare eingeführt werden, die eine genaue Abrechnung ermöglichen. Gen. Franke gibt sodann folgende Abrechnungen bekannt:

Abrechnung der Zentralkasse für 1907.

Table with 2 columns: Name and Amount. Includes Sangerhausen (187.45 M.), Teltow (265.15 M.), Berlin (122.00 M.), etc. Total: 779.35 M.

Ausgaben:

Table with 2 columns: Name and Amount. Includes Präter und Parteipresse (77.90 M.), Strafen u. Prozentsätze (278.90 M.), etc. Total: 779.35 M.

Die Richtigkeit bezeugen die Revisoren: A. Sering, Ed. Stöpel, Aug. Winter.

Wahlabrechnung 1907.

Table with 2 columns: Name and Amount. Includes Von der Bezirksleitung Kasse (1407.30 M.), Vereinen und anderen (568.60 M.), etc. Total: 2947.65 M.

Ausgaben:

Table with 2 columns: Name and Amount. Includes Mündliche Agitation (147.85 M.), Flugblattverbreitung (1348.80 M.), etc. Total: 2829.55 M.

Bilanz:

Table with 2 columns: Name and Amount. Includes Einnahme (2947.65 M.), Ausgabe (2829.55 M.), etc. Total: 118.10 M.

Sering, Winter, Franke, Revisoren, Kreisleiter.

Die Diskussion über den Vorstandsbericht war eine sehr gedehnte. Daß im Kreise nicht mehr Fortschritte erzielt seien, habe nur an der Zeitung gelegen. Und schließlich Differenzen zwischen dem Vorstand und den Delegierten, was den Bericht der Sangerhäuser sehr viel weggenommen. Man könne das, was jahrelang verheimlicht worden ist, nicht in ein paar Wochen wieder einholen. Wenn man in Zukunft besser arbeiten wolle, müsse in der Zeitung unbedingt ein Wechsel eintreten. Im Kreise selbst seien genügend tüchtige Kräfte vorhanden, man muß aber nicht nur oben herum stehen, dann würden auch viele unbenutzt liegen bleiben. Wenn die Agitationskommission verlagert habe, dann solle man sie abschaffen und lieber den Vorstand um zwei Personen verkleinern. Die Verbreitung der Literatur sei nicht in dem Maße erfolgt, wie es nötig sei. Sollen habe da auch verlagert. Gewarnt wurde den Delegierten, daß zu weiterer Arbeit Mittel gesammelt und außerdem sei es leichter, Kritik zu üben als mitarbeiten.

Da die Berichte der Delegierten zum großen Teil schon in der Diskussion über den Vorstandsbericht enthalten waren, so wurde Punkt 2 von der Tagesordnung abgelehnt. Ueber Agitation und Organisation referierte kurz Genosse Kretzschmar. Die eingehängten Vertrauensmänner-Beziehungen sollen, da sie sich bewährt haben, beibehalten werden. Die intelligenten Genossen des Wahlkreises müssen mehr zur Mitarbeit herangezogen werden. Es dürfen sich nicht nur auf gewerkschaftliche Kreise beschränken. Die Wahlung von Vertrauensmännern werde lieber durch den Volksmangel manigfaltig beeinflusst. Man müsse deshalb mehr Gewicht auf die schriftliche Agitation legen. Vor allem müßte jetzt mehr Mittel aufgebracht werden, damit auch mehr Arbeit geleistet werden könne. An allen Orten müssen Organisationen geschaffen werden, dann sollte sich auch besser arbeiten.

Es folgt der Punkt Presse. Hierzu war von Sering ein Antrag eingeleitet, welcher forderte, die Nordhäuser Volkszeitung als Parteiorgan des Wahlkreises einzuführen. Von Sering war kein Delegierter erschienen. Gen. Grotz-Galle gab eine kurze Rede über den Stand der Volksblätter im Kreise und im Allgemeinen. Die Sangerhäuser Genossen sollten sich ihre Maßnahmen genau überlegen. Gen. Vogel-Nordhausen führte aus, daß sie nicht aus eigener Initiative in den Kreis gekommen seien, man habe sie gesucht. Die ganze wirtschaftliche Struktur des Wahlkreises beruhe auf einem festem Nordhäuser Kern. Der Freitag solle einbezogen, da die Annäherung für die Partei nicht größeren Nutzen bringe als die Zugehörigkeit zu Halle. In den Orten, in denen schon heute die W. V. S. verbreitet ist, habe auch die Partei gewonnen. Die Lokalisten Genossen, sowie auch einige Delegierte traten diesen Ausführungen teilweise scharf entgegen. Andere Redner traten für Nordhausen ein und brachten eine ganze Anzahl Beschwerden gegen das Volksblatt vor. Eingebrockt wurde noch ein Antrag, nach welchem Nordhausen so weit in den Kreis einbezogen soll, wie es mit ihm in wirtschaftlicher Verbindung liege. (Also der alte Zustand.) Ein Antrag auf Schluß der Debatte fand Annahme. Eine Abstimmung über den Antrag Seringens fand nicht statt. Der Antrag Sanger-

Retreten des Bildungsvereins die Verschmelzungfrage erörtert haben. Die Angelegenheit ist jetzt soweit gediehen, daß im Laufe dieser Woche den einzelnen Vereinen durch ihre Delegierten die Verschmelzungfrage zur endgültigen Entscheidung unterbreitet werden soll. Die Frage lautet, bestimmt formuliert folgendermaßen: Soll für Dalls ein einziger großer Arbeitervereins gebildet werden? Wenn ja, soll dieser Verein in zwei Abteilungen, und zwar entsprechend der räumlichen Verteilung der Arbeiter, in eine nördliche und eine südliche Abteilung geteilt werden? Beide Abteilungen sollen in bestimmter Weise gemeinschaftlich leben, überaupt unter einer einheitlichen Leitung stehen, sie sollen nur räumlich getrennte Glieder eines großen Ganzen sein. Werden diese beiden Fragen von den Arbeitervereinen in zustimmender Sinne beantwortet, so sollen sobald als möglich ungefähr drei gemeinschaftliche Einzelstunden im Volkspark abgehalten werden, in denen die Bildung der Abteilung Nord und Abteilung Süd vorgenommen werden soll.

Wir können nur wünschen, daß die Verschmelzung perfekt wird. Die Sache des Arbeitervereins kann durch eine Zusammenfassung und einheitliche Leitung nur gewinnen. Die bisherigen Vereine, die über eine mehr oder weniger beschränkte Mitgliederzahl verfügten, konnten nicht eine Werkstätte entstehen, wie sie eine große geflossene und durch ihre gemalten Leistungen imponierende Korporation entfalten kann. So mancher hübschgebildete Arbeiter, der sich aus mancherlei Gründen den kleinen Vereinen fern gehalten hat, wird sich gern einem imponenten Männerchor anschließen. Wir hoffen, daß die einzelnen Vereine im Laufe dieser Woche die Verschmelzungfrage endgültig bejahen, der Gegen, der dem Arbeitervereins im besonderen und der Allgemeinheit daraus entstehen wird, wird nicht ausbleiben. Wir sind sicher, daß der neugebildete große Verein durch sachkundige Leitung in Mütze Leistungen anstreifen kann, die sich mit denen anderer renommierter großer Arbeitervereins getrost messen können.

Über die Beschäftigung jugendlicher Arbeiter.

Gegen die Sozialgesetzgebung hatten der Fabrikbesitzer Rudolf Schöne und dessen Bruder, der Wermeister Otto Schöne u. v. hier, die gegen von dem Schöffengericht wegen Vergehens gegen die §§ 136 und 146 der Gewerbeordnung angeklagt waren. Die Angeklagten werden beschuldigt, in der Zeit vom März bis Mai d. J. den ihnen unterstellten jugendlichen Arbeitern im Alter von 14 bis 16 Jahren die vorgeschriebene Ausbildungspflicht verweigert zu haben. Der Fabrikbesitzer hatte sich zur Zeit einer Gehörversteigerung befunden und wurde freigesprochen, da er dem Gericht nicht verwundlich erschien. Der Wermeister wurde abgewiesen, um sich rein zu waschen, eine recht löbliche Entschuldigend und meinte, er habe den jugendlichen Arbeitern das Wespen nicht verboten, sondern nur angeordnet, die jungen Leute sollten nachmittags 4½ Stunden arbeiten, wenn sie verpönten, sollten sie eine halbe Stunde später, also um 12 Uhr nach Hause gehen. Man sollte ihm als Wermeister ja auf bekannt sein, daß die jungen Leute auch nicht nach 6 Uhr abends beschäftigt werden dürfen. Die Jungen hätten, um trocken und 6 Uhr nach Hause gehen zu können, freiwillig und in ihrem Interesse auf die Verpönung verzichtet. Am 31. Mai schrieb der Gewerkschaftsrat an, das Gericht nahm an, daß es der Wermeister bei der Beschäftigung der jugendlichen Arbeiter an der nötigen Sorgfalt fehlen ließ und verurteilte den Angeklagten zu zehn Mark Geldstrafe.

Die Frage der Beschäftigung jugendlicher Arbeiter sowie die Festlegung des Begriffes „Fabrikarbeiter“, „Fabrikarbeiter“ spielte dieser Fall gleichfalls eine Rolle in einer Verhandlung des Kammergerichts:

Der § 138 der Gewerbeordnung, der von Arbeitern und jugendlichen Arbeiter in Fabriken“ handelt, bestimmt unter anderem auch: „In jeder Fabrik hat der Arbeitgeber dafür zu sorgen, daß in den Fabrikräumen, in welchen jugendliche Arbeiter beschäftigt werden, an einer in der Regel fallenden Stelle ein Verzeichnis der jugendlichen Arbeiter unter Angabe ihrer Arbeitszeit und der Stunden des Beginns und Endes ihrer Arbeitszeit und der Pausen ausgestellt ist.“ Wegen Verletzung dieser Bestimmung war der Inhaber einer Sieder- und angallt worden, weil er eine jugendliche Arbeiterin in seiner Siederfabrik beschäftigt habe, ohne sie in ein solches Verzeichnis einzutragen. Es handelt sich um ein Kaufmanns-Kind, das auch später in der Fabrik seiner Eltern beschäftigt wurde. Das Landgericht sprach den Angeklagten frei und führte aus: Das Verzeichnis ist als Kaufmanns-Kind engagiert und beschäftigt worden. Sie habe Materialen zusammengeholt und Ware abgetragen, und habe daneben im Betriebe Auftragsarbeiten vornehmen müssen. Zur Herstellung von Siederarbeiten sei sie nicht engagiert gewesen. Nur, wenn es die Zeit erlaube, habe sie versucht, durch Helfen bei den Siederarbeiten sich

patronieren wie in öffentlichen Versammlungen damals die Vertreter von Wien. Und jetzt in der kurzen Zeit von drei Jahren, hat sich alles geändert. Es sind in hiesiger Fabrik andere Arbeiter beschäftigt, die über den von dem Arbeiterverein und voll Zukunftsplanung und Selbstbestimmung. Und das hat der Kampf um das gleiche Recht fertig gebracht! Der größte Zauberer ist der Erfolg, er vermag die Seelen und schafft neue Kräfte!

Aber wie viele tapfere Menschen sehe ich hier, die bei ihrer Lebensarbeit ausbrennen haben, aus wenn alles Mühen und Sorgen umsonst ist! Wie lange hat's gedauert, bis zur Sozialisten aus der besten bürgerlichen Ehe Wurzel fassen konnte! Und jetzt geht es vorwärts, die Pflanze wächst trotz Wehns, Reif und allem. Mehr als hundert Vertreter der England geschick. Sie fallen mir durch die zahlreichen roten Kravatten auf, die bei den Genossen des Reichslandes längst außer Gebrauch gekommen sind. Das Hauptinteresse wendet sich natürlich den weiblichen Delegierten. Sozialisten aus deren unumwundlicher Kampf um das Frauenwahlrecht Respekt fordern. Soffentlich wird der Domarus endlich auch in Amerika beginnen. In keinem andern Land der Welt hat sich der Kapitalismus so riefendst entwickelt, und kein schmalerer Stamm, indem allem das Proletariat hat die Zügel an der Zügel, der gegenwärtigen Herrschaft des Dollars ein Ende zu machen. Unter den Parteigenossen der Vereinigten Staaten sind viele eingebourte Russen. Der bekannte Redor-Delegierte Morris Hillquit stammt aus Finnland. In seiner alten Heimat ist durch dieses Wissen ein Stück Freiheit erritten worden. Das erste weibliche Parteimitglied, das am Kongress teilnimmt, kommt aus Finnland.

Im Gartenhaus des Hotel Royal drängen sich zahlreiche Genossen. Die der Einladung der englischen Delegierten erfolgt sind. Ein deutscher Kamerad legt sich aus Mäxer und Schwaben und Breuen fügen föhlich: „Wußt ich denn, muß ich denn zum Stübchen hinaus“ und „Wenn ich komm, wenn ich komm, wenn ich wiederum komm.“ Es herrscht föhliche Stimmung. Man kann den Genossen durch und über die Grenze jagen, — dem Sozialismus aber kann man nicht ausweichen.

einige Handarbeit anzuweisen. Unter diesen Umständen könne es nicht als Fabrikarbeiter, nicht als jugendliche Arbeiter in einer Fabrik angesehen werden. Denn als Fabrikarbeiter in diesem Sinne könne nur gelten, wer mit Arbeit beschäftigt werde, die von dem eigentlichen Fabrikbetriebe gehörten, und zwar nicht bloß gelegentlich.

Das Kammergericht hob aber dies Urteil auf und verneinte die Sache zu nochmaliger Entscheidung an das Landgericht zurück, indem es ausführte: Das Landgericht falls den Begriff „Fabrikarbeiter“ zu eng aus. Mit dem Reichsgericht ist anzunehmen, daß unter Fabrikarbeiten nicht nur die zu verstehen seien, die mit Arbeiten beschäftigt wurden, welche unmittelbar der Erzeugung von Fabrikprodukten dienen, vielmehr gehören zu Fabrikarbeiten (bzw. Arbeiterarbeiten) auch die, welche nur mittelbar den Zwecken der Fabrik dienlich sein. Neben dem Zweck des Fabrikbetriebes dient die Herbeischaffung von Materialien sowie die notwendige Reinigung, falls unter dem Begriff der Beschäftigung im Fabrikbetriebe. Da die Entscheidung des Landgerichts auf der irrigen Auffassung des Begriffes der Fabrikarbeiter beruhe, so müsse sich das Landgericht nochmals mit der Sache befassen.

*** Zur Beachtung.** Mit der geliebten Nummer haben wir begonnen, den Bericht des Partei-Vorstandes u. i. v. an den Parteitag in Offen zum Abdruck zu bringen. Der Bericht ist in Broschürenform gedruckt und wird im Laufe dieser Woche vollständig geliefert werden. Wir möchten unseren Lesern raten, die den Bericht enthaltenden Bogen zu sammeln und zusammenzufügen: sie haben dann wertvolles Material über die Tätigkeit der deutschen Sozialdemokratie im vergangenen Jahre, auf Grund dessen sie auch den kommenden Verhandlungen in Offen besser vorbereitet können.

Mit der heutigen Nummer beginnen wir auch mit dem Abdruck der Anträge zum Offener Parteitag.

*** Achtung!** Verloren gegangen sind vor einiger Zeit einem Briefkasthalter der Deutschen Transportarbeiter-Verbandes, Bahnhofs-Salle, 20 Weitzgasmärkte 40 86, der Briefkasten Nr. 10, die in dem Verbands-Bureau, Al. Klausstraße 7, H. I, abzugeben.

*** Eine öffentliche Versammlung für Möbel-Transportarbeiter** findet Mittwoch abend bei Streicher, Drei Söhnchen, statt. Die betreffenden Arbeiter werden recht tun, wenn sie zahlreich erscheinen.

*** Das heutige Konzert im Volkspark** wird ein Walzerabend sein. Die Veranstalter einer leidlichen, gefälligen und preiswerten Musik werden heute abend über auf ihre Rechnung kommen. Das Konzert bildet den Abschluß der diesjährigen Sommerkonzerte, die allerdings nicht besonders von der Witterung begünstigt worden sind, auch heute abend. Der Sommer scheint bisher gegen unfreundlichen Gewohnheiten treu zeigen, so findet das Konzert im großen Saal statt.

*** Der städtische Finanz-Ausschuß** hält eine Sitzung am Donnerstag, den 28. August 1907, nachmittags 5 Uhr im Beratungszimmer 1 ab. Auf der Tagesordnung steht u. a.: Genehmigung des Ortsrats über Erhaltung dienlicher Reithofen, Übernahme der Vertretungsfunktion für einen zu Studienausweis zu bewerbenden Kandidaten, die in der Abänderung des Programmes der Meileise von 1900. Mittelbestimmung zur Teilnahme von Lehrern an Kurien zur Befähigung stotternder Kinder. Deutung der Kosten zum Ankauf der Häuser Geistraße Nr. 7 und 8.

*** Was nun Schlingen umnetzt.** Herr Schöffmeister Reimer teilt uns zur Nichtigstellung der geliebten Notiz mit, daß er dem Verding keinen Auftrag zum Transport der Risse gegeben habe. Der Verding ist mit zwei Geiseln auf einem Bau gemein und diese hätten ihm die Risse zum Transport gegeben. Er sehe der Angelegenheit völlig fern.

*** Wo liegt die Wahrheit?** Der Vorfall, den wir vor einiger Tage unter der Signatur „Kinderdudsch“ durch die Risse berichtet haben, wird nicht zur Ruhe kommen. Der Verding hat sich in der letzten kommenden Schulstunden Schlichter bedauert, daß die Darstellung des Falles durch den Lehrer Daniel nicht richtig sei. Sein Sohn hatte sich an der Tierquälerei nicht beteiligt und ist zufällig am Hause des Lehrers Daniel vorbeigekommen. Dieser habe ihn ohne weiteres gepöht, in den Kanstulr gezogen und ihn dort so behandelt, wie es in untern ersten Artikel angegeben worden. Der Knabe sei dann aus dem Hause genommen worden und wie ich schon liegen geblieben. Ein Polizeikommissar habe ihn in das Restaurant zum Horn gebracht und Dreiviertelstunden lang fesseln müssen, ehe der Knabe wieder zum Bewußtsein gekommen sei. Derselbe sei dann von seiner Mutter in das Elisabeth-Krankenhaus und abends in die Klinik gebracht worden, wo die Exzuren der Wundbehandlung fortgesetzt seien. Das letzte Zeugnis ist der Anzeige gegen den Lehrer Daniel beigefügt worden. — Wir können selbstverständlich nicht entscheiden, wo bei diesen beiden Fällen genauenüberliegenden Aussagen die Wahrheit liegt. Vielleicht bringt die Gerichtsverhandlung Licht in die unliebheiame Affäre. Genesio so wenig wie wir, die auch die hiesige Zeitung imstande der wahren Sachverhalte zu kennen, nichtdeutlicher verlangt das jüngere Volk, das in echt pharisäischer Weise Anschuldigungen der Arbeiterjugend an die große Glocke schlägt, Heubeten der goldenen Jugend aber mit dem Wandel dermaligen Webe bedeckt, daß der Knabe Säufer einer Korrektureinstalt überführt werde.

*** Ein schrecklicher Unfallfall, der den Tod eines jungen blühenden Mädchenlebens zufolge hatte, ereignete sich Montag vormittags 10 Uhr im Hause Germaniastraße Nr. 6. Dort war in der letzten Etage bei Herrn Brunner Schmidt die 19-jährige Helene Könnemann Tochter des Bergarbeiters Georgstraße 9 wohnhaft, damit beschäftigt, den Staub u. i. v. von dem Gehäus des Fensters zu wischen. Während sie das Mädchen das Ubergewicht verloren haben und stürzte in die Tiefe, gerade auf die Fliesen des Einganges. Der herbeigerufenen ärztliche Krankenträger brachte die Vermunglückte nach dem Diakonienhause, das konnte hier nur der sofort eingetretene Tod konstatiert werden. Die Leiche wurde nun nach dem Pathologischen Institut überführt.**

*** Ungefährdet wurde Montag nachmittags 2¼ Uhr in der Waddeburgerstraße eine Frau mit einem kleinen Kinde im Mantel von einem Radfahrer. Die Frau war im Begriff, den Fahrdamm zu überqueren und wollte sich erst das Trottoir betreten, als der Radler, in Bahnhofsrichtung, heranfuhr. Der Radler konnte die Frau umfahren. Das Kind erlitt dabei eine blutende Kopfverwundung. Die Frau mußte zum Verbleiben sich in die Klinik begeben. Die Zeugen befähigen, trifft dem Radler keine Schuld.**

*** Von einem schweren Eisenhieb** wurde am Sonnabend der in einer Glaserie in der Weizenstraße beschäftigte Former Willi Brohm in die Seite getroffen. Die Verletzung war so schwer, daß der Verunglückte in eine Krankenkasse gebracht werden mußte.

*** Erschossen hat sich der Handelsmann Schopp** in seiner Wohnung, Aufgasse 3. Er war von seiner Frau geschieden und jetzt längerer Zeit fröhlich.

*** Die Leiche** des vor ungefähr zwei Wochen in der Saale beim Baden ertrunkenen 13-jährigen Schulfreies Diemanns ist bei Bradwig gefunden worden.

*** Eine häßliche Szene** spielte sich in der Sonnenbachtwägen zwei Arbeiter in der Nähe des Schalmes ab. Der Arbeiter Günther aus Weßeln verlangte von einem hiesigen Schloßer, das er ihm für ein Maß wechsele. Auf die Weigerung des letzteren wurde Günther handgreiflich und leiterte auch einen Polizeibeamten an.

*** Eine große Fensterhebe gerichtlich hat auch unter Hebranten ein Bauarbeiter im Grund der Mauer der Straße Nr. 1. Die Fensterhebe wird dem tüchtigen Meister, der als Arbeiter auch etwas Bekieres hätte tun können, teuer zu stehen kommen.**

*** Ein ruckloser Gafe.** Satten sich am Sonntag eine Anzahl frommer Christen in der Geide zusammen gefunden, um bald ein Waldgottesdienst beizumischen. Offenbar sind die Kirchen so überfüllt, daß der föhlich preiswürdige Gottfried seine Wohnungen den Gläubigen zur höheren Ehre Gottes zur Verfügung stellen muß. Doch sei dem, wie ihm wolle. Jedenfalls fanden am Sonntag die frommen Schölein in weisevoller Andacht verunken unter dem Vorzeichen der Felsen, als die fromme Jandlung durch einen bösen Störenfried unterbrochen wurde. Ein häßlicher Spies hatte sich unter die fromme Schaar verirrt und vertrieb dieselbe in eine recht ungeschickte Flucht. Meister Lampe (aber ist es gar kein Gelehrter gemeint?) konnte aber der frommen Gesellschaft seinen Gehsam abgewinnen und nicht schienlich wieder das Weite. Es soll aber eine ganze Weile gedauert haben, ehe wieder freie Andacht in die frommen Christen erlangt wurde. Der Herr leben vor nicht mehr im Mittelalter, wo Tiererzählung seine Seltenheit waren; Meister Lampe könnte sich sonst auf ein hochnotwendiges Verordnen wegen Störung einer gottesdienstlichen Handlung nicht freuen mögen.

*** Im Apollo-Theater** wird seit von dem Ensemble des Direktor Samt das Berliner Ensemble Dickson'skellou u. s. u. aufgeführt. Auch diesmal scheint die Direktion den Besatzung des Publikums getroffen zu haben, denn das Haus war sehr gut besetzt. Besonders merkwürdig ergoßen sich nicht, aber es gibt ein kleines Bild aus dem Leben des Hundes, welches, ob es in allen Zügen, der Wirklichkeit entsprechen wird, ist dahingestellt. Die Rollen wurden gut durchgeführt. Ganz nett machten sich auch die kleinen Gesangsbelegungen.

*** Räumern.** Landarbeitervereine. Auf der Mahle Neuhaus hatte sich der Landarbeiter Anore unter der Führung geleitet, um dieselbe zu hien. Möglichlich die Pferde an und die Räder der ihmverne Maschine gingen über den Unglücksfall hinweg. Er erlitt so schwere Verletzungen, daß er bald darauf verstarb.

Aus den Nachbarkreisen.

Wenn Arbeiter an Versprechungen glauben.

Reiz, 26. August. (E. B.) Wie es mit der geliebten Leitung der Arbeiter beschaffen ist, erfahren am Freitag, 26. August, die Arbeiter der Weltfirma G. A. Kautsch. Durch mündliche Vereinbarung zwischen dem Leitermeister Klog und dem ihm unterstellten Gehilfen ist festgelegt worden, daß eine sehr schlecht bezahlte Arbeit (Bartenschleifen) der Reize nach von allen bei Kautsch beschäftigten Gehilfen gemacht werden soll. Herr Klog scheint aber der Meinung zu sein, daß man das, was man den Arbeitern versprochen hat, nicht zu halten braucht. So hatten die drei Kadrier diese Arbeit schon ein paar mal hintereinander machen müssen. Am Freitag kam wieder ein solches Verzeichnis, das die drei nun wieder freistellen sollten. Die Gehilfen weigerten sich dieses zu tun mit dem Hinweis, daß jetzt erst die andern an der Reihe wären. Ihre Weist zu behaupten war aber das größte Verbrechen, welches sie begehen konnten. Es mußte mit sofortiger Entlassung gehandelt werden. Die Betroffenen wurden dem Direktor Kautsch vorstellt und bemerkten, daß die Arbeiter und doch wohl auch der Herr Direktor sich gegebenes Wort halten würden und daß man selbstiges wohl auch vom Meister erwarten könnte. Herr Träger erwiderte, bei ihm wäre das schon der Fall, aber die Worte des Meisters seien nicht bindend, der betreffende Artikel würde aber eine Minderung erfahren. Im übrigen hätte die Firma in dem einen Arbeiter etwas anderes gesucht, er wäre der Geher und solle ruhig sein, die beiden jüngeren Leute seien durch ihn nur zum Vorgehen veranlaßt worden. Wann endlich werden die Kautsch'schen Kadrier einsehen, daß nur eine starke Organisation durchgreifende Minderung herbeiführen kann?

Herr Jzleib als Arbeiter, Freund.

Schöben, 26. August. (E. B.) Herr Zigarettenfabrikant Jzleib hat wieder einmal eine Tat zu vollbringen bedacht, die es unbedingt verdient, gehörend beachtet zu werden. Die Zustände in seiner Fabrik sind bekant. Er hat zwar keine Zeit und wohl auch keine Lust, dort etwas zu ändern. Dafür aber sucht er sich auf andere Weise zu entschuldigen. Der Radfahrer-Verein habe die Abhaltung eines Stiftungsfestes beschloßen. Da uns nun hier kein Saal zur Verfügung steht, so müßten wir aufs Dorf hinausgehen, um dort wenigstens einmal im gefälligen Dorfe zusammen zu sein. Wir fanden einen Saal und erließen sowohl dem Kadrier wie auch von dem Gemeinderat des Dorfes eine Bescheid. Da aber erschien Jzleib als Vertreter des Vaterlands am den Plan. Er benutzte den Verein als sozialistischen und sollte das nuremehr das Vergnügen zu Wasser werden. Vielleicht hoffte er auch als Pömpier gegen den Umsturz auf eine andere Befolgung. Wer weiß es? Trotz der Geldtat Jzleib's hätte die Gemeinde sein, das Vergnügen würde abgehalten. Ja, man erlaube sogar den Wadobauern einen öffentlichen Umzug (!), eine Korsofahrt! Herr Jzleib soll beim Hören dieser Botchaft sofort hinter die verhängten Fenster seiner Fabrik geschickt sein. Er wollte nicht mehr hören und sehen. Die Arbeiter aber und die Einwohner des Dorfes Aue haben sich föhlich amüsiert.

Jzleib klagt darüber, daß ihm die Artikel im Volksblatt die ganze Kundhaft verderben. Ja, verzeht Herr! Sie selbst tragen daran die Schuld. Sie selbst haben die Arbeiter dazu gebracht, daß sie geriet haben, gegen Unternehmern launen zu kämpfen. Erst nimmt man den Kampf gegen die Arbeiter an, indst sie nicht nur in der Fabrik sondern auch auf anderen Gebieten zu erstreiten, und wenn dann die Folgen sich zeigen, jammer man. Herr Jzleib mag so weiter arbeiten, wir werden auch nicht ruhen.

Reiz, 26. August. (E. B.) Gendarmen-Veleidigung. Der Steinhauser Rehbald Häuß aus Birkau arbeitete im vergangenen Jahre in Dronzig und soll bald in einer im März stattgefundenen Versammlung den Gendarmen Wenner beleidigt haben. Jäger war bald nach der Anklage verurteilt und längere Zeit nicht zu ermitteln, bis man ihn zuletzt in Reiz fand. Am Montag hatte das Schöffengericht Reiz sich mit der Angelegenheit zu befassen und verurteilte den Angeklagten in seiner Abwesenheit zu einem Monat Gefängnis.

Weißenfeld, 26. August. (E. B.) Eine interessante Sauppe betrifft, hat der Genosse Seitzer erhalten. Herr Zaunze füllte sich durch eine Verurteilung unseres Genossen bestrafte und stellte Strafanzug. Genosse E. hat Widerstand ebenfalls wegen Beleidigung anhängig gemacht und wird das persönliche Er-

schönen Saupes beantragen. Wir zweifeln allerdings an seinem Kommen.

Bippendorf, 26. August. (C. B.) Mit Vergnügungen geradezu überhäuft wird jetzt die hiesige Arbeiterchaft. Im verflochtenen Verlehn haben sich die Vereine gegenseitig abgesetzt, um nur genug Vergnügungen zu liefern. Jetzt sollen nun fast täglich die Vergnügungen gar nicht mehr abbrechen. Alle kommenden Sonntage sollen bei Herrn Seifert sein, bis Weisknoten! Zum Ueberfließ hat natürlich Herr Seifert auch noch am Montag, den 2. September, seinen alljährlichen wiederkehrenden Sedanball ab. Den Bippendorfer Arbeitern ist dies unangenehm. Von der hiesigen Arbeiterchaft werden bei Seifert im Jahr etwa 15 öffentliche Vergnügungen abgehalten. Außerdem werden von den hiesigen Arbeitern die öffentlichen Bälle alle Sonntage drausig besucht, das das Total voll ist. Wie war es, wenn die Arbeiter Vergnügungen wie Kaisers Geburtstagster und Seebäder überhaupt nicht besuchten? Herr Seifert kann solche Vergnügungen wegfallen, denn das ist in Bippendorf wohl nicht mehr am Plage, wenigstens nicht in einem Arbeiterlokale.

Achtung, Gewerkschaftswahl! Merkwürdig!
Arbeitler, Gewerkschaftler! Morgen, Mittwoch, von 11-2 Uhr habt ihr zum ersten Mal die Wahl zum Gewerkschaftsrat zu wählen. Die Bedeutung dieser Gewerkschaft ist jedem bekannt. Jeder frei organisierte Arbeiter muß deshalb seine Pflicht tun und nur die Kandidaten der freien Gewerkschaften seine Stimme geben.
Die Hirsche haben ihren Sekretär Erlenz herangezogen, um Propaganda für ihre Liste zu machen. Wie diese Leute arbeiten, zeigt folgende Stelle aus dem Artikel dieses Herrn im Korrespondenz:
..... Jeder kann in die Lage kommen, daß er des Gewerkschafts bedarf. Wenn er aber sein Wohlgefallen entweder gar nicht oder falsch ausgesprochen hat, kann er sich nicht beschweren, wenn er sein Recht nicht findet. Wo Augen an!

Was werden die Arbeiter wählen? Sie dürfen keine Leute in das Gewerkschaftsrat hineinwählen, die das Interesse einer politischen Klasse über das Interesse der Arbeiter setzen. Am Gewerkschaftsrat müssen alle Arbeiter ohne Unterschied der Partei oder Religion ihr Recht suchen. Man kann deshalb auch keine Sozialdemokraten in das Gewerkschaftsrat entsenden. Keinen Streit um politische Parteien im Gewerkschaftsrat. Die tüchtigsten Leute heranzuziehen. Und die Tüchtigsten hängt keineswegs davon ab, ob man einschläferter „Genosse“ ist. Auf diese Annahme muß den Hirschen morgen eine Antwort erteilt werden, die ihnen fernere Vergnügungen unmöglich macht. Die „nationalen Arbeiter“ dürfen nicht über uns triumphieren. Zeigt ihnen, daß ihr noch nicht „niedergeritten“ seid, daß jeder einzelne auf dem Posten ist. Keiner darf fehlen!

Unsere Kandidaten sind:
August Schmidt, Baggermacher.
Albert Carotta, Maurer.
Karl Frielmann, Glendreher.
Franz Weiskopf, Zimmerer.
Bernhard Heber, Hilfsarbeiter.
Otto Heide, Glendreher.
Franz Bockisch, Transportarbeiter.

Und immer wieder „Aufzüge“.
Schlechte, 26. August. (C. B.) Der Kampf der Behörden gegen die Arbeiter nimmt immer schärfere Formen an. Da nun aber die Arbeiterkraft sich bei ihren Verhältnissen nicht in den gesetzlichen Grenzen hält, so ist ihr nicht alles sein heilig. Man kriegt sie schon. Vereinsvergänger liegt man als „öffentliche“ an und bedient die Leiter mit Strafmandaten. harmlose Spaziergänger bilden einen „nicht genehmigten Aufzug“ — Folge: Strafmandate. Es wäre nun eine sehr dankbare Aufgabe für jemand, der viel Zeit hat, einmal feige zu sein, für was es in Preußen Deutschland eigentlich keine Strafmandate gibt. Wir glauben, er würde sehr wenig „Strafverzeih“ finden.

Am 1. Pfingstfeiertage unternahm der Arbeiter-Turnverein einen Ausflug und zwar mit Hinterlassung. Dem Verein schlossen sich auch einige Bandonionspieler an, und sie spielten unterwegs einige Stücke auf. Das ist in Preußen nun beinahe verboten, und so trat dem „Junge“ auf der Waldstraße ein Poliziist — aber ohne blaue Plümbe — entgegen und forderte dessen Auflösung. Selbstverständlich war das nicht alles. Die Gewissen Schwarz und Juppelmann erhielten als „Leiter“ des „Junges“ Strafmandate im Wert je 30 Mark. Sie legten dagegen Berufung ein und erzielten vor dem Schöffengericht zwar keine Freisprechung, wohl aber eine Herabsetzung der Strafe. Der Verteidiger unserer Genossen führte an, daß der fragliche Weg nicht zur Stadt gehöre, da er unbedeutend sei. Das Gericht ließ sich auf diesen Grund nicht ein, da zu einem „Aufzuge“ auf öffentlichen Straßen, zu welchen auch die Gasse gehöre, polizeiliche Erlaubnis nötig sei und bezurteilte den „Leiter“ Schwarz zu 15 Mark, den „Teilnehmer“ Juppelmann zu drei Mark Geldstrafe. Zu gute gehalten wurde den beiden, daß sie in Unkenntnis gehandelt hätten.
Wird denn die Stadt nun den Weg mit der nötigen „Erleuchtung“ versehen?

Arbeiter-Kaffee und Verhöre.
Gießen, 26. August. (C. B.) Auch die hiesige Polizeibehörde hat ihr Verden mit unjener Arbeiterchaft. Vor einiger Zeit erbaute ein Genosse auf seinem Grundstücke ein für die Zwecke eines Arbeiterkaffees eingerichtetes Gebäude, in welchem sich der Verein ganz wohl fühlte. Auch leitend der Behörde wurden ihm anfänglich keine Schwierigkeiten bereitet. Erst, als kürzlich eine öffentliche Versammlung in dieses Lokal einberufen wurde, wurde die Polizei nervös. Zunächst kam ein Schreiben vom Amtsvorsteher Baumgarten, welches man als Vermahnung auffassen konnte und am 17. August, also einen Tag vor Stattfinden der Versammlung, erwich der Landrat in Begleitung des Amtsvorstehers. Der Landrat hatte die Weisung nach unjener einsachen Verden nicht gehen, um unter Kaffee in höchst eigener Person einer Diskussion zu unterziehen. Bei Betreten des Lokals schien er sichtlich erkrankt zu sein über die dringliche und geschmacklose Erwiderung des Stellen, und da das Lokal circa 130 qm Flächenraum, über vier Meter hoch und auch zwei über einen Meter breite Ausgänge, welche direkt ins Freie führten, hatte, ließ sich trotz aller Grübelns nichts gegen die Abhaltung der Versammlung einwenden und resignierte meinte der Landrat: „Es sei von vornherein gleich verlesen worden, der Bau hätte auf Grund der Anordnungsbestimmungen verhindert werden müssen (dabei liegt das Lokal kaum 80 Meter vom letzten Hause entfernt).“ Aber, meinte er, es wird sich noch etwas machen lassen auf Grund der gesetzlichen Bestimmungen über das „Schauspiel“, und versprach ferner dem Eigentümer ein diesbezügliches Strafmandat.
Nach der Amtsvorsteher hielt die Hilfsmittel, der Abhaltung der Versammlung entgegenzuwirken, doch nicht für ersprießlich.

Er verfiel am Sonntag morgen, daß bis um 12 Uhr alle Utensilien, welche zur Schornsteinreinigung gebraucht werden, sowie alle Gefäße mit Getränken herangezogen werden sollten.

Die Meier, Pfaffen, Taffen, Kaffen.
Das Schanklokal und die Spülkammern.
Den Bierapparat, die Küller.
Die Keller, Keller, Keller, Keller.
Die Bierbier, den Bierbierbier.
Das schafft mir alles fort von hier!
Und ist bis 12 Uhr nicht erfüllt, was ich gebeten.
Dann gehe auch! Ihr gottver.... Noten.

Die Genossen hatten auch, wohl mehr des Scherzes halber, alles ausgedummt. Pünktlich um 12 Uhr betrat Herr Baumgarten mit der feierlichen Mene eines preussischen Amtsvorstehers unter Lokal und da seinem Befehl aus persönlich nachgekommen war, konnte am Nachmittag die Versammlung stattfinden, aber immer noch unter Zuhilfenahme einer Gendarmereipatrulle von drei Mann. Zwei Mann waren im Lokale und der dritte trampelte volle zwei Stunden vor den Türen des Lokals herum. Doch dieser unangenehmen polizeilichen Vorkehrungsmaßregeln war trotz der staatsgefährliche Stoff — Bier — eingeschlimmert worden und fast aus jeder Notiz folgte ein Fluchschrei. Die Gendarmen waren so gemein die einzigen, welche nichts zu trinken hatten. Die Genossen haben sich über die polizeilichen Maßnahmen höchlich amüsiert.
Aber der Amtsvorsteher scheint gar nicht gemerkt zu haben, daß man ihn ärgern wollte, als man Spülkammern, Gläser, Bierke, Pfropfenzieher u. s. w. getreulich seinem Befehle aus dem Verammlungslokale räumte; denn schon am andern Tage nach der Verammlung erließ er wieder folgenden Ukas:

An den Vorstehenden des Kaffee-Vereins Gießen und Umgegen in Ennemis.
Sie haben auf Grund Ihrer Anmeldung vom 19. August in dem Vereins-Kaffee zu Gießen in Ihre Mitglieder Bier verschickt, ohne daß Sie die dazu nötigen Schanklokalen selbst haben. Das ein geschlossener Verein zu seinen Mitgliedern weder Schüller, Verlegung, minderjährige Personen, noch Frauen zulassen kann, so ist der Verein auf Grund seiner Mitgliederliste kein geschlossener sondern ein öffentlicher Verein und hat sich deshalb nach der Verordnung vom 11. März 1850, Gesetzes-Samm. S. 27, freier zu bewegen, weshalb ich hiermit gegen Sie auf Grund vorstehender Verordnung eine Geldstrafe von 20 Mark festsetze, an deren Stelle, wenn Sie nicht zutretreten ist, eine Haft von drei Tagen tritt. Die Verlegung ist binnen acht Tagen rechtskräftig.
Am Gießen, den 21. August 1907.
Der Amtsvorsteher.
Baumgarten.

Wir haben das amtsvorstehliche Schreiben deshalb zum Abdruck gebracht, weil aus demselben der Dupus des preuss. Amtsvorstehers recht deutlich hervortritt. — Man weiß wirklich nicht, ist Herr Baumgarten so unerschöpflich in diesen gesetzlich geregelten Fängen, oder ist er so ungeschickt in der Handhabung derselben oder hat er sich nur Scherz erlaubt? Die hiesigen Genossen wollen aber auf keinen Scherz mehr eingehen. Sie haben den Amtsvorsteher schriftlich noch weiterem Akt erwidert, daß er sein Schreiben doch lieber als ungeschicklich betrachten solle, andernfalls sei gerichtliche Einschüpfung beantragt. Es ist nun abzuwarten, ob der Amtsvorsteher zur besseren Einsicht kommt und unseren Akt befolgt, oder ob er sich lieber vor dem Gericht eine Befreiung holen will.

Achtung, Formel!
Die Betriebsleitung des Stahlwerks Eickwerde & C. m. b. H. sucht fortgesetzt tüchtige Formere. Unter Vorbehalt wird ihnen angefleht. Auch der Meister Stiba wird durch Verabschiedung Formere heranzuziehen. Aber wenn wirklich einmal Leute immer blühenden Gesunde aufsuchen, dann ist es fast nur auf kürzere Zeit. Sie sehen dem Werke regelmäßig bald den Rücken. Jetzt sind die Formere, infolge der Behandlung durch den Meister und der Einflüsterer der Direktion derartig knapp geworden, daß ein wahrer Verweissungskampf um die Herausziehung von Formern entstanden ist. Und die Gründe, die hier den schnellen Wechsel veranlassen? Die Behandlung durch den Meister läßt viel zu wünschen übrig, das Material ist verunreinigt, das zu mündigen Feilschen zu verzeichnen ist. Feilschenes Material verlangt oftmals ein Entsetzen der Arbeit. Auch in diesem Jahre ist genügend Stoff für einen Streit vorhanden.
Diejenigen Kollegen, die einmal hier waren, kehren nicht zurück sondern veranlassen auch andere, nicht wieder zu gehen. Wer demnach gut hat, im Stahlwerk zu arbeiten, nun den können wir nicht abhalten. Er wird schon durch Schaden klug werden. Vernünftige Kollegen kommen nicht nach hier!
Die Arbeiterpresse wird um Abdruck ersucht, damit den Formern in anderen Orten unzulässige Hoffen erweckt werden.

Präsen, 26. August. (C. B.) Der Freitag unjeres Wahlkreises findet beinahe am nächsten Sonntag in der Kattkestrasse statt. Gleichzeitig veranstaltet jedoch der Kriegereverein seinen Gedarmnund und ludt die Arbeiter zu seinem Feste einzulangen. Es wird den meisten wohl noch einmischlich sein, wie man im vergangen Jahre die Arbeiter behandelte. Deshalb sollte sich keiner bemühen fühlen, den Kriegereverein durch Beteiligung an Feste zu unterstützen. Jeder gesunde, klaffenbewußte Arbeiter findet sich am Sonntag zu den Verhandlungen des Abends, wenn kein hinauszuweichen, der am 1. September nicht mitmacht. Laßt ihn das Vergnügen. Das Interesse der Arbeiter muß dem Freitag gewidmet sein und nicht dem Gedarmnund.

Vierkeris, 26. Aug. (C. B.) Arbeiterfisko. In der Dynamitfabrik Reinsdorf verunglückte ein Arbeiter aus Wittenberg dadurch, daß am Stürzlocht ein Holz platze und die Säure dem Bedauernswerten beide Augen verbrannte. Nachdem ein Arzt die erste Hilfe geleistet hatte, wurde der Verunglückte in die Halleische Klinik gebracht. — Großfeuer. In der Farb- und Gerbstoffabrik brach am Sonntagabend nachmittags Großfeuer aus. Durch das sofortige Einrücken der Feuerwehr konnte das Feuer auf seinem Höhepunkt beschaffen werden. Der Betrieb ist nicht gestört. Eine Gemeinderats-Sitzung findet am Mittwoch abends 7 1/2 Uhr in der Wohnung des Gemeindevorstehers statt. Die Tagesordnung ist wichtig.

Rechts, 26. August. Heber einen ungläublichen Roggebau! melter. Gest. Engel, von hier folgendes: Ein gewandter Fickerdiebst, betraute ungläublicher Roggebau, erregte sich gegen (Wittwoch) auf der im Bau begriffenen Kirchlichen Zentrale der Kupferhammer-Sütte (Ransfelder Gemeindefisch). Als gegen fünf 1/2 Uhr die Mauer, welche an dem Bau des zweiten gewandten Schornsteins tätig sind, an die Arbeit gingen, haben sie einen mittelgroßen, langhaarigen Hund im Innern des an den Seiten noch offenen Schornsteins

figen. Alsobald fand der als protestantischer Kesselfeiger beschäftigte Arbeiter Wilhelm Genderyn aus Wolmke hinzu, ergiff den Hund und erklärte, er wolle ihn in die Feuerung werfen, das gebe auch Feuerer. Er habe schon früher Stagen ins Feuer geworfen. Dömo! ihm von orthodoxen Arbeitern, an denen er mit dem Hunde auf dem Arme vorüberging, dringend von der fraglichen Tat abgeredet wurde, warf er den Hund in die Feuerung. Dabei geschah es, daß der Kopf des ernen, sich heftig Irrenden Straks aus dem Feuerloch herausstieß, während der Körper bereits in der Blut lag. Ein entsetzliches, markensünderndes Geschrei kündete von den fürchterlichen Qualen, die J. noch dadurch verlängerte, daß er den Kopf des Hundes durch Zuerufen der Feuerungsmittel einlenkte. Erst als das Geschrei verstumte, hob er mit einer Schürhänge die Lebereste vollends in die Flammen. Von den empörten Augenzeugen ist der Verfall zur Anzeige gebracht. Der Eigentümer des Hundes ist noch nicht ermittelt.

Nauhu (Anhalt), 26. August. Ein „besserer“ Bürger. Etwa 50000 M. unterhalten hat der Rentner der hiesigen Gewerbebank, Kaufmann G. Schmidt. Er war seit 24 Jahren Stadtvorsteher und Stadtvorordneten-Vorsteher und genöß in seinen Kreisen das größte Vertrauen. Die Geschädigten sind meist kleine Leute. Schmidt hatte sich erst gekümmert und soll jetzt Selbstmord begangen haben.

Sangerhausen, 26. August. Wegen Mafregelung von 190 Arbeiter im letzten in der Wollgarn- Spinnerei Rausberg 190 Arbeiter und Arbeiterinnen, die bei der Mafregelung Betrieb wird trotz der 180 Stetengebliebenen stillgelegt werden.

Volkswirtschaftliches.

Eine Statistik des Dividendenwesens. Wenn auch die Statistik sämtlicher deutschen Aktiengesellschaften für das Jahr 1906 noch längt nicht alle veröffentlicht sind, so liegen doch die Rechnungsergebnisse für eine große Zahl von Gesellschaften schon vor, daß man sich über die Rentabilität im Großgewerbe während des Jahres 1906 ein ziemlich zuverlässiges Bild machen kann. Die Betriebe der Altgewerkschaften decken sich zwar keineswegs genau mit den Betrieben des Großgewerbes, aber sie gehören doch der Mehrzahl dem Großgewerbe an. Wenn wir die Rentabilität auf der Dividende messen, so geschieht dies, weil die Dividende der Teil des Reingewinns ist, der an das Eigenkapital abgeführt wird. Unberücksichtigt bleibt hier die Wobfizierung der Dividendensumme infolge des jeweiligen Kurswertes der Aktien; wir berechnen vielmehr die Höhe der Dividende nach der Summe des Nominalkapitals. Im nachfolgenden sind die Verhältnisse für 1905 und 1906 festgesetzt, nehmen wir an, daß das Nominalkapital des Jahres 1906 sich schon im Jahre 1905 vorhanden gewesen wäre. Unter Annahme dieser Methode ergibt sich für 2097 Aktiengesellschaften, deren Geschäftsjahr am 31. Dezember schließt und deren Rechnungsergebnisse für 1905 und 1906 hier bekannt geworden sind, ein Nominalkapital im Betrage von 8046.18 Millionen Mark. Auf dieses Kapital wurde im Jahre 1905 rednerisch eine Dividendensumme in Höhe von 886.53 Millionen Mark ausgeschüttet; d. h. das Aktienkapital verginnte sich mit 8,54 Proz. Im Jahre 1906 wurde eine höhere Dividende verteilt und zwar betrug der Preis rund 97.50 Millionen Mark. Die Dividendensumme für das Jahr 1906 betrug also 983.93 Millionen Mark, was dem Nominalkapital verginnte sich demnach im Jahre 1906 mit 9,24 Proz. Die Dividendensteigerung betrug also von 1905 auf 1906 um nicht ganz dreierdrittel Prozent, genau um 0,73 Proz. Der relativ größte Teil des berücksichtigten Kapitals entfällt auf die Banken. 398 Banken mit 3281.25 Millionen Mark Aktienkapital verteilten 8,32 Proz. Dividende im Jahre 1906 gegen 8,08 Proz. im Jahre 1905. Die Steigerung nicht nur sondern auch die absolute Höhe der Dividende bleibt also bei den Banken hinter dem Durchschnitte aller Gesellschaften erheblich zurück.

Ganz anders stellen sich die Ergebnisse im Bergbau sowie bei den Hütten und gemischten Werke. Beide Gruppen haben im Jahre 1906 überaus günstig abgeschlossen. Die Hütten und gemischten Werke, 50 an der Zahl, verteilten auf ein Aktienkapital im Betrage von 675.60 Millionen Mark eine Dividende von 12,01 Proz. im Jahre 1906 gegen 10,92 im Jahre 1905. Die dem Bergbau angehörigen 32 Gesellschaften mit einem Kapitale von 348.62 Millionen Mark schütteten 1906 eine Dividende von 11,05 Proz. aus gegen eine solche von 8,88 im Jahre 1905. Wenn auch nicht ganz so erheblich über dem Durchschnitt, so doch noch immer über ihm stellte sich die Rentabilität bei den Gesellschaften der Eisen-, Metall- und Maschinenindustrie. 210 Gesellschaften mit einem Kapitale im Betrage von 507.06 Millionen Mark verteilten 1905 40.37 Millionen Mark Dividende, 1906 dagegen 48.46 Millionen. Es verginnte sich also im Jahre 1905 das Nominalkapital mit 8, im Jahre 1906 dagegen mit 9,56 Proz. Auch die Textilindustrie weist im Punkte der früheren Jahre besser und namentlich auch steigende Ergebnisse auf, wenn auch der Durchschnitt für 149 Gesellschaften hinter dem Gesamtdurchschnitte zurückbleibt. Die 149 Gesellschaften des Textils verbrauchten 1906 über ein Nominalkapital in Höhe von 291.53 Millionen Mark. Auf dieses verteilten sie 1905 eine Dividende von 8,40, 1906 dagegen von 9,08 Prozent. Die absolute Höhe der Dividenden entsprechen also durchaus dem Charakter eines hervorragenden Aufschwungjahres. Das durch einen allzu hohen Kurswert die Dividende sich für einen großen Teil der Kapitalisten weitentlich ermäßigt, ändert nichts an der Tatsache der absolut hohen Rentabilitätssteigerung im Jahre 1906.

Gewerkschaftliches.

Und willst du nicht mein Bruder sein, so schlag ich dir den Schädel ein!
Die Schatzkammerpresse wird höchst geben, dem folgenden Fall Arbeiter-Zerkerismus! ihre geehrten Spalten zu öffnen: Katholische Mitglieder des christlichen Metallarbeiterverbandes verteilten am Sonntag, den 25. August, mittags, an der katholischen Kirche in Berlin Flugblätter, durch welche zu einer öffentlichen christlichen Gewerkschaftsversammlung, welche am 28. d. M. in St. Modotti, Kronen-Drucker, stattfinden soll, eingeladen wurde. Fanatischer Anhänger der katholischen Gewerkschaften glauben ihren Glaubensbrüdern die Beschäftigung der christlichen Gewerkschaften „schlagend“ nachweisen zu müssen. Der christliche Parteileiter wurde angepöbel, ihm wurden die Flugblätter gewaltsam entzogen, damit an den Kopf geschlagen und schließlich wurde er dem Treppsturz in den Saalraum gegeben. Als sich ein starker Menschenauflauf gebildet hatte, kam die Polizei dazwischen und führte den mutigen Anführer zur Polizeiwache zwecks Festhaltung der Personallisten. Der angepöbelte christliche Gewerkschaftler ging zum Arzt zwecks Untersuchung eines Arletes.

